

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Deutscher Verband für Podologie

Datum: 10.04.2026

Setzt sich Ihre Partei für eine dauerhaft gesicherte vollständige Schulgeldfreiheit in der podologischen Ausbildung ein?

Ja. Es ist nach langen parlamentarischen Diskussionen im Sommer 2025 gelungen, den Gesetzentwurf zur Schulgeldfreiheit ab Herbst 2025 für angehende Podologinnen und Podologen zu verabschieden. Es ist eine Investition in die Fachkräfte und die Gesundheitsversorgung im Land und baut finanzielle Hürden ab. Wir streben mittelfristig eine Ausbildungsvergütung an.

Befürwortet Ihre Partei die Weiterentwicklung der Podologie durch akademische Qualifikationsangebote?

Jein. Wie in den anderen Gesundheitsberufen (Physiotherapie) auch, wird auch in der Podologie über eine Akademisierung diskutiert. Wir stehen einer Vollakademisierung skeptisch gegenüber und sehen eher eine Teilakademisierung und dreijährige duale Ausbildung als Weg.

Unterstützt Ihre Partei eine beschleunigte und transparente Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse?

Ja. Im Deutschen Bundestag wurde am 26. März 2026, für die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren ausländischer Berufsqualifikationen in Heilberufen (inklusive Podologie) gestimmt. Das Gesetz ist damit beschossen worden und wird zum 1. November 2026 in Kraft treten.

Steht Ihre Partei einem perspektivischen Ausbau des Direktzugangs zur Podologie bei definierten Indikationen offen gegenüber?

Neutral. Derzeit erfolgen podologische Behandlungen grundsätzlich als Heilmittel, die ärztlich verordnet werden müssen. Uns ist bekannt, dass die Branche – wie andere Gesundheitsberufe auch – eine stärkere Autonomie und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen anstrebt. Ein Direktzugang könnte Wartezeiten für Patienten verkürzen und die hausärztlichen Praxen entlasten.

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Befürwortet Ihre Partei die Einrichtung einer Podologenkammer zur Stärkung der beruflichen Selbstverwaltung?

Nein. Für den Bereich der Selbstverwaltung in der Pflege wurde und wird dies immer wieder diskutiert. Versuche in anderen Bundesländern zur Einrichtung von Kammern für Gesundheitsberufe sind alle gescheitert, u.a. an den zu erhebenden Pflichtbeiträgen und Pflichtmitgliedschaften. Um eine stärkere berufsständische Vertretung zu organisieren, sind die Gewerkschaften oder Berufsverbände die erste Wahl.

Unterstützt Ihre Partei die Erweiterung der Verordnungsfähigkeit podologischer Leistungen, insbesondere bei chronisch-entzündlichen und dermatologischen Erkrankungen?

Neutral. Eine Erweiterung der Verordnungsfähigkeit für podologische Therapien wurde bereits 2020 vom G-BA erlassen. Eine Diskussion um eine erneute Erweiterung ist uns bisher nicht bekannt.